

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an die Steiermärkische Landesregierung beziehungsweise Informationspflicht gegenüber Bezirkshauptleuten und Bürgermeistern vor Genehmigung neuer Asylheime

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag betrifft eine Petition an die Steiermärkische Landesregierung beziehungsweise Informationspflicht gegenüber Bezirkshauptleuten und Bürgermeistern vor Genehmigung neuer Asylheime. Ich gehe davon aus, dass Sie den Motivenbericht sehr genau und gewissenhaft gelesen haben. Jetzt werde ich eben nicht noch einmal im Motivenbericht auf die Thematik eingehen und komme gleich reduziert auf den Antragstext. Dieser Antrag wird unterstützt von der FPÖ.

Der Gemeinderat möge folgende Petition verabschieden:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Genehmigungsverfahren neuer Asylheime ab dem Ausschreibungsbeginn an eine Informationspflicht des Landes gegenüber den Bezirkshauptleuten und Bürgermeistern zu koppeln.

Die im Artikel 4 Absatz 1 Ziffer 4 der Grundversorgungsvereinbarung festgeschriebene Bestimmung „Schaffung und Erhaltung der zur Versorgung der Fremden erforderlichen Infrastruktur“ möge dazu um einen diese Informationspflicht des Landes gegenüber den Bezirkshauptmannschaften und Kommunen beziehenden Passus erweitert werden:

„Weiters wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, für eine gleichmäßige Aufteilung von Asylwerberinnen und Asylwerbern auf das gesamte Landesgebiet Sorge zu tragen.“

Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates! Wir haben heute schon sehr lange über den Menschenrechtsbericht gesprochen. Ein sehr, sehr wichtiges Stück und ein sehr, sehr wichtiger Bericht, und eines der Kapitel beschäftigt sich auch mit dem Recht auf Asyl. Asyl ist etwas ganz Wesentliches und wir können, glaube ich, stolz darauf sein, dass Österreich auch vielen Menschen Asyl gewährt. Also im letzten Jahrhundert, in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, waren sehr, sehr viele Österreicher und Österreicherinnen angewiesen darauf, auch Asyl in anderen Ländern zu bekommen. Ich möchte nur kurz an die jüdischen Mitbewohner und Bürgerinnen und Bürger erinnern. Insofern können wir, glaube ich, sehr stolz darauf sein, dass wir Asylwerber auch in Österreich immer wieder aufnehmen, dass wir Asylverfahren durchführen und dass in dieser Zeit auch die Menschen die Möglichkeit haben, hier in Österreich zu wohnen und zu leben. Nichtsdestotrotz müssen wir uns auch immer wieder darüber Gedanken machen, wie wir die Situation und die Bedingungen, unter denen die Asylwerber und Asylwerberinnen in Österreich untergebracht sind, verbessern können und hier leistet der Menschenrechtsbericht ja auch einige wesentliche Beiträge. Allerdings ist es auch eine Tatsache, dass die Verteilung der in Österreich in Asylheimen befindlichen Menschen nicht gleich ist und insofern stimmen wir absolut auch dem Antrag der ÖVP zu, dass man sich das hier mit besonderer Sensibilität, gerade im städtischen Bereich, anschauen muss, dass es nicht zu einer besonderen Häufung und

infolge möglicherweise auch zu einer Ghettoisierung kommt und hier wäre es eben auch aus unserer Sicht sehr wünschenswert, und daher unterstützten wir auch diesen Antrag, dass die regionalen und kommunalen Behörden auch hier miteinbezogen werden und zwar insofern, als sie einerseits informiert werden sollen und andererseits die Möglichkeit bekommen sollen, zumindest eine Stellungnahme auch dazu abgeben zu können. Ich kann auch hier erfreulicherweise berichten, dass unsere Vizebürgermeisterin Martina Schröck hier auch schon das Gespräch gesucht hat mit Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser und dass er ja auch schon zugesagt hat, dass er in der nächsten Änderung, also dass er den Prozess der Genehmigung auch ändern wird und auf unsere Wünsche auch eingehen wird. Insofern sind wir aber natürlich dafür für diesen Antrag und unterstützen den auch (*Applaus ÖVP, SPÖ und KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller! Als KPÖ werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Auch wir sehen das als notwendige Ergänzung aufgrund... also die Grundversorgungsvereinbarung in der aktuellen Fassung kann aus unserer Sicht durchaus um diesen Aspekt erweitert werden, weil auch wir das für wichtig finden, dass da die Information an den Bürgermeister, Bezirkshauptmann auch weitergetragen wird. Vielleicht liegt es auch mal an uns, in diesem sensiblen Bereich vielleicht begleitende Maßnahmen zu setzen. Auf alle Fälle finden wir es für wichtig, stimmen dem auch zu. Danke (*Applaus KPÖ und ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Sippel** zum Antrag: Lieber Kurt, wir haben nicht nur die fast gleiche Krawatte heute an, sondern auch einen ähnlichen Antrag eingebracht. Ich für meinen Teil habe meinen dringlichen Antrag mit dieser Thematik zurückgezogen, weil wir mit deinem Vorstoß mitkönnen, weil es eine sehr konkrete Maßnahme auch betrifft, nämlich die Informationspflicht für den Bürgermeister, für den Bezirkshauptmann eben auch einzufordern seitens des Landes, weil es eben nicht sein darf und nicht sein kann, dass das Land die Stadt Graz quasi vor den Kopf stößt und hier einfach auch Flüchtlingsheime willkürlich in die Stadt hineinsetzt, wo auch genau das zum Tragen kommt, dass man sagt, das sind nicht immer die idealen Punkte stadtentwicklungsmäßig. Der Bürgermeister hat das auch angesprochen, wo auch diese Flüchtlingsheime dann errichtet werden. Ich möchte aus FPÖ-Sicht aber ganz kurz auch erwähnen, dass aus unserer Sicht bereits die Stadt Graz zur Genüge ihre Aufgabe erfüllt, Flüchtlinge und Asylwerber in dieser Stadt auch zu beherbergen. Also da sollte es aus unserer Sicht keine weiteren Heime und keine weiteren Aufnahmen mehr geben, da sind jetzt auch die anderen Gemeinden in der Steiermark gefordert, auch ihre Verpflichtungen diesbezüglich zu erfüllen und nicht alles auf die Stadt Graz hier abzuwälzen. Also aus unserer Sicht hat die Stadt Graz mit knapp über 1000 Flüchtlingen und Asylwerbern, die hier auch zugegen sind, bereits ihre Aufgabe erfüllt. Ein weiterer und letzter Punkt, das ist etwas, was in diesem ganzen Zusammenhang auch zu kritisieren ist, und da muss ich sagen, da gebe ich in einigen der wenigen Punkte dem Menschenrechtsbeirat, auch den Empfehlungen Recht, dass diese Asylheime eben nicht in privater Hand sein sollten, weil wir wissen, dass das nicht immer für ideale Zustände sorgt und auch hinsichtlich Anrainergeschichten nicht ideal ist und es ist nicht einzusehen, dass da für manche Leute, oft haben die selber dann ausländische Zugehörigkeit oder Migrationshintergrund, wie es so schön heißt, dass das zum Geschäftszweig wird und zu einer lukrativen Einnahmequelle. Wir haben da kolportiert gehabt, dass da über zwei Millionen Euro im Jahr bei diesem Flüchtlingsheim in der Keplerstraße quasi an Einnahmen erzielt, natürlich muss da wieder auch Taggeld usw. verteilt werden. Aber das ist schon ein lukratives Geschäft

und das sollte aus unserer Sicht von öffentlichen Einrichtungen wie Caritas und Diakonie usw. geführt werden und nicht von Privaten. Das ist etwas, was uns wichtig ist. Die Redezeit ist beendet, wir unterstützen den Antrag selbstverständlich, wir sind Mit Antragsteller und vorangekündigt, auch der Inhalt wird durchgehen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 19.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates Graz! Zu diesem Antrag, wir werden als Grüne zustimmen, obwohl uns diese Dringlichkeit und die Wichtigkeit der Informationspflicht der Landesregierung gegenüber unsere Stadt wichtig erscheint. Aber was ich betonen wollte zu dem Thema, die Verteilung der Flüchtlinge, es ist ganz wichtig, dass die Ballungszentren eher in die Aufgabe gerufen werden sollten, weil dort gibt es die Beratungs-, Betreuungsmöglichkeiten, die es am Land nicht gibt. Man muss sich vorstellen, Flüchtlinge irgendwo in einer kleinen Gemeinde, wie die überfordert sind die kleinen Gemeinden, wenn Mürzsteg, eine Gemeinde mit 600 Einwohnern 300 Flüchtlinge zu beheimaten hat. Und ich glaube, dass das sehr wichtig ist für diese jungen Menschen, die zu uns kommen, also diese jungen Flüchtlinge, dass sie Möglichkeiten haben auf Bildung, auf Ausbildung und dass sie einfach nicht ihre Zeit, die sie hier verbringen, die kann sehr lange sein während des Asylverfahrens, dass sie die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren, das ist unsere Zukunft möglicherweise. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen und ich hoffe, dass die anderen Abgeordneten sich dem fügen (*Applaus Grüne*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ja, ich sage einmal danke für die breite Zustimmung. Bei den Grünen, ich habe Ihnen jetzt leider nicht folgen können, weil Sie haben gesagt, die Aufteilung ist nicht sinnvoll, weil quasi eine Integration am Lande nicht möglich ist, also das Argument habe ich nicht ganz verstanden, und eigentlich die ersten zwei Punkte, da habe ich von Ihnen das Signal bekommen heute am Vormittag, dass das sehr wohl möglich ist, deswegen hätte ich gesagt, dass es Ihnen leichter fällt, dass man vielleicht eine getrennte Abstimmung der drei Punkte machen und dann könnten Sie vielleicht im Sinne der Sache bei den ersten zwei Punkten mitgehen. Aber ich sage zu den anderen Fraktionen danke für die Zustimmung jetzt schon (*Applaus ÖVP*).

Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Kontrollausschuss-Vorsitz für kleinste Gemeinderatspartei

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Frau Vizebürgermeisterin, ich möchte richtigstellen, wir haben den Antrag insofern abgeändert, dass es jetzt Gemeinderatspartei heißt, nicht Fraktion. Ich habe dann den unterschriebenen Antrag noch da, das war ein Irrtum. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Kontrollausschuss ist ein wichtiges Organ der Stadt Graz. Er dient als Bindeglied zwischen dem Stadtrechnungshof und dem

Gemeinderat. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist auch die Bearbeitung von den vorgelegten Prüfberichten. Der Stadtrechnungshof informiert den Kontrollausschuss regelmäßig über durchgeführte Projektkontrollen und legt dem Kontrollausschuss auch Kontrollen von Institutionen, Gebarungskontrollen, Vorprüfungen der Rechnungsabschlüsse und auch Prüfberichte über Beteiligungen der Stadt Graz vor. Der Kontrollausschuss kann bei Bedarf auch beim Herrn Bürgermeister oder bei den betroffenen Stadtsenatsmitgliedern Stellungnahmen zu diesen Prüfberichten einholen und stellt auch diese Ergebnisse dem Gemeinderat zur Verfügung.

Schon bisher war es in Graz zumindest üblich, dass die Opposition mit dem Kontrollausschussvorsitz betraut wurde. Im Sinne einer transparenten Kontrollpolitik sollte man von dieser bewährten Praxis auf keinen Fall abgehen. Wir stehen deshalb dem, ich habe es ja leider auch nur aus den Medien, kolportierten Vorhaben, den Vorsitz im Kontrollausschuss diesmal zwischen allen Stadtsenatsparteien aufzuteilen, sehr kritisch gegenüber.

Um eine objektive und kritische Kontrolle zu gewährleisten, ist es vielmehr sinnvoll, wenn auch die Stadt Graz analog zur steirischen Gemeindeordnung, der Vertreter beziehungsweise die Vertreterin der kleinsten Gemeinderatspartei in Zukunft den Vorsitz im Kontrollausschuss führt.

Ich stelle daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die Präsidialabteilung damit, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Entwurf auszuarbeiten, der festlegt, wie die Bestimmung, dass künftig die kleinste im Gemeinderat vertretene Partei mit dem Vorsitz im Kontrollausschuss zu betrauen ist, in die Organisationsvorschriften der Stadt Graz aufgenommen werden kann (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Da ich annehme, nachher nicht mehr zu diesem Antrag sprechen zu können, habe ich mich jetzt melden müssen. Weil ein bisschen was lernt man ja doch in diesem Haus, kann ich mir vorstellen, dass so etwas nicht als dringlich angesehen wird, also muss ich wohl begründen, warum er dringlich ist. Dringlich ist der Antrag insofern, weil es in Graz sehr lange einen sinnvollen Brauch gegeben hat, sich das vernünftig auszureden. Es muss nicht unbedingt eine der kleinsten Parteien sein, das letzte Mal haben wir, war es durchaus sinnvoll, dass die Opposition in weiterem Sinn, wie man es bezeichnen will, jedenfalls nicht die Regierung im engeren Sinn, die Kontrolle übernimmt, manchmal ist es auch gescheiter, wenn es kleinere Parteien machen. Die kleinste Partei wäre vielleicht nicht immer das Geschickteste, wenn es mehrere Parteien sind, die nicht im Stadtsenat sind. Aber was ist jetzt passiert? Jetzt entsteht auf einmal die Idee, dass alle im Stadtsenat vertretenen Parteien auch die Kontrolle übernehmen, dass auch die ÖVP, die die halbe Stadtregierung stellt, die überall besetzt, die die Holding besetzt, die überall die Führungsgremien besetzt, sich selbst kontrolliert. Ich meine, das ist einfach ein schwerer Missbrauch von Kontrolle und das kann es ja wohl nicht sein. In diesem Sinne ist der Antrag sehr dringlich, wenn man sich nicht vernünftig ausreden kann, und das scheint nicht der Fall zu sein. Bis jetzt wissen wir nur aus der Zeitung, aber das scheint wirklich nicht der Fall zu sein. In dem Fall ist es wichtig, dass eine neue Norm kommt und wenn eine neue Norm kommt, dann ist es natürlich auch sinnvoll, das, was in der Steiermark sonst auch gilt, dass nämlich die kleinste Partei den Kontrollvorsitz übernimmt, zu unterstützen. In diesem Sinne bitte, im Sinne einer echten Kontrolle, echte Kontrolle kann nicht von den Großen gemacht werden, die echte Kontrolle muss von den Kleinen gemacht werden und wenn das nicht anders regelbar ist über Norm, dann bitte um eine Norm, dass die kleinste Partei diese Kontrolle übernimmt. Absolute Zustimmung für diesen Antrag in Zeiten wie diesen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Mogel**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Zuhörer! Grundsätzlich ist die Überlegung, die Opposition mit dem Vorsitz des Kontrollausschusses zu betrauen, aus Sicht objektiver Kontrolle natürlich nicht unrichtig. Das Ansinnen, die kleinste Partei im Gemeinderat automatisch mit dem Vorsitz zu betrauen und das auch festzuschreiben, erscheint uns aber nicht schlüssig. Der Gemeinderat würde sich in einem solchen Fall selbst einen unnützen Zwang auferlegen, der jedes Mal, wenn sich die politische Situation ändert, eine Änderung der Organisationsvorschriften nachziehen würde. Wer sagt denn, dass die kleinste Partei, wer auch immer das dann sein wird, nicht beim nächsten Mal auch in einer Koalition feststeckt? Da die im Stadtsenat befindlichen Parteien sich aber zur Zeit in keiner Koalition befinden und alle Parteien mit Klubstärke auch in der Stadtregierung vertreten sind, erscheint es uns in dieser Situation sinnvoll, einen Vorsitzwechsel auf alle Fraktionen zu verteilen, auch am vernünftigsten. Deshalb sehen wir die Dringlichkeit dieses Antrages nicht gegeben (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich bin derselben Annahme des Kollegen Wohlfahrt, das ist wohl die einzige Gelegenheit, sich zu diesem Thema jetzt zu Wort zu melden, zur Dringlichkeitsdebatte. Aber darf ich den Ball gleich aufnehmen, also der Antrag läuft darauf hinaus, den Herrn Pacanda, bei aller Wertschätzung, zum alleinigen Vorsitzenden auf fünf Jahre zu bestellen. Ich gebe ihm jede Menge Vertrauensvorschuss, nur bisher hatten wir eine andere Übung und auch in der letzten Periode, Kollege Wohlfahrt, wo es eine Koalition gab, hat sich die Koalition nicht daran beteiligt und hat es den nicht koalitionären Regierungsfractionen anvertraut, den Vorsitz zu führen. Auch damals ist Gerald Grosz, unser lieber abhanden gekommener, der Kollege, nicht mit dieser Ehre betraut worden, auch bei aller Wertschätzung jedenfalls. Ich möchte zusammenfassen. Wir

haben heuer 20 Jahre Stadtrechnungshof. Als einzige österreichische Stadt verfügen wir über eine im Statut des Landes, vom Land gegebene Statut, über einen unabhängigen Stadtrechnungshof. Nur ein paar Ausschnitte, der Stadtrechnungshofdirektor, er ist auch heute hier, kann ebenso wie seine verdienten Vorgänger Dipl.-Ing. Terler und Dr. Günther Riegler autonom, ohne mit jemandem zu kommunizieren und ohne jemandem das zeigen zu müssen, den jährlichen Prüfungsplan festlegen. Er erstellt, der Vorsitzende hat lediglich, das ist so, die Sitzungen einzuberufen und zu leiten. Der Stadtrechnungshofdirektor legt den Bericht vor, ohne dass ihm jemand über die Schulter schauen kann von hier, er ist aber ausschließlich dem Gemeinderat verantwortlich, das ist auch gut so, aber hat eine Autonomie. Wir sehen daher keinen Anlass angesichts auch des Umstandes, dass keine Koalition besteht in dieser Regierung, vielleicht kommt es noch dazu, vielleicht kommen die Grünen noch dazu und dann können wir ja weiterreden, es gibt ja gewisse Ankündigungen und nach der heutigen Beschlussfassung über die großen Planungsinstrumente bin ich überhaupt jetzt wirklich ohne Sarkasmus sehr zuversichtlich, dass es uns gelingt, die wesentlichen Punkte für diese Stadt gemeinsam anzugehen, und zu den wesentlichen Punkten gehört auch die Kontrolle und in dieser Weise soll sie gemeinsam vom Gemeinderat über den autonomen Stadtrechnungshof funktionieren, Ina, wir stimmen daher dem Antrag nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Werte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Kollege Wohlfahrt hat das formuliert, was ich eigentlich nicht will, nämlich dass man bei Beginn jeder Gemeinderatsperiode da irgendwie dann im Gemeinderat zusammentreten und darüber diskutieren, wem trauen wir es zu und dann wieder irgendwelche Vorschriften ändern müssen. Ich denke, der wechselnde Vorsitz, den wir in der vergangenen Periode gehabt haben, der hat sich durchaus bewährt und der

Kollege Piffli-Percevic hat es eh schon gesagt, es gibt eben keine klassische Koalition diesmal, sondern einen Stabilitätspakt, auch wenn sich manche als Koalition fühlen und deshalb können alle im Stadtsenat vertretenen Fraktionen eben an diesem Wechsel teilhaben. Aber wenn man dem Antrag folgt, liebe Ina, dann kann ich mir jetzt lebhaft vorstellen, wie das beim letzten Mal, in der letzten Periode gewesen wäre, wenn da dann der Kollege Grosz für den Vorsitz sozusagen vorgeschlagen hätte werden müssen, welche Freude da im Gemeinderat aufgekommen wäre und welche Jubelstürme das ausgelöst hätte, oder wenn ich an den Kollege Mariacher denke, den wir alle noch sehr gut in Erinnerung haben und der sicher mit seinen epischen Fähigkeiten den Gemeinderat sehr bereichert hat, aber wo wir uns des Öfteren schwer getan haben zu folgen, was er gemeint hat, wie gesagt, da kann man einfach nicht bei jedem Anlass sozusagen schauen, wer ist geeignet und dann auf Personen abstellen. Ich will jetzt den Kollegen Pacanda nicht ins selbe Fahrwasser geben, weil ich glaube, da würde ich ihm sehr unrecht tun, aber auch er wäre am Anfang überfordert als neuer Gemeinderat, da plötzlich alles machen zu müssen und da wäre es besser, wenn er nach einer Einarbeitungszeit das machen könnte. Ich glaube, dass der Kontrollausschuss nicht vom Vorsitz abhängt, Kontrollausschuss ist ein Gremium, ich glaube an die Demokratie, das heißt, dass die Mehrheit im Kontrollausschuss bestimmt, wo es langgeht und nicht der Vorsitzende, deshalb ist der Vorsitzende in meinen Augen nicht das wichtigste Glied, sondern das Gremium, und da sind wir alle vertreten (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Ich muss jetzt ein paar Korrekturen auch machen und zwar, wie der Kollege von der FPÖ vorher erwähnt hat, alle Parteien in Klubstärke. Ich würde mich wirklich freuen, ich frage mich dann, wo mein Klub ist oder wo mein Klubbüro nachher ist? Das heißt, ich möchte einfach darauf hinweisen, ich bin keine Fraktion, ich bin auch nicht in Klubstärke vorhanden, das heißt, in dieser Konstellation wäre der

Minderheitenschutz für uns in der Form nicht gegeben, das heißt, ich hätte, wenn man dieses nicht vorgeschlagen, sondern alte Konstrukt verwenden würde, wäre ich mit keiner Stimme da drinnen. Ich sage einmal für mich, allgemein schwierig, weil ich eigentlich nur im Kontrollausschuss mit Stimme vertreten bin, aber wenn das, wird dann gemeinsam geleitet, wäre dann gemeinsam geleitet sozusagen, also gleichberechtigt zum Beispiel sechs Teilnehmer, also für mich einfach eine spannende Frage, das einfach der Schutz gewährleistet ist, dass, ich nenne es Minderheit, wie jetzt zum Beispiel, die ich auch vertrete vielleicht und für die ich dastehe, da diese Kontrollfunktion auch wirklich gesichert ausüben kann und was die Herausforderung betrifft, kann ich nur sagen, wirklich Herausforderung angenommen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht überrascht, also da müsste ich lügen, wenn ich das sagen würde. Aber es hat sich für mich wieder eines gezeigt, wir haben keine Koalition, das ist wieder einmal festgestellt worden, wir haben Paktpartner, das ist ein anderes Wort für mich für die Koalition, ist so hinzunehmen oder von uns so zu akzeptieren, aber eines, Peter, wenn ich dich ansprechen möchte, es ist schon interessant. Ich denke mir, warum wehren sich alle jetzt gegen einen Vorsitz der kleinsten Partei, wenn der Vorsitz ja sowieso keine Bedeutung hat? Also das müsst ihr mir jetzt echt erklären (*Applaus KPÖ*), weil wenn der keine Bedeutung hat, dann frage ich mich, trauen Sie alle miteinander dem Herrn Pacanda nicht zu, dass er eine Sitzung des Kontrollausschusses führen kann?

Zwischenruf GR. Hohensinner: Warum habt ihr den Gerald Grosz nicht gewählt?

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Dazu möchte ich auch gleich eine Antwort geben, und zwar ich war selber Ausschussvorsitzende ein Jahr und acht Monate. Wir haben eine permanente Rotation gehabt und ich muss euch ehrlich sagen, so toll war das nicht, also das war eher stressig für alle Beteiligten und wir haben auch unsere Erfahrungen daraus gemacht und deswegen auch diesen Antrag gestellt. Es tut mir leid, wenn ihr also die Minderheitenfrage im Gemeinderat so seht, ich muss es eh zur Kenntnis nehmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR. Hohensinner: Und der Gerald Grosz?

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Zum Kollegen Grosz möchte ich nur sagen, es ist im damaligen Kontrollausschuss auch dem Kollegen Grosz angeboten worden in einer Vierer-Rotation mitzumachen, das hat er selbst abgelehnt und ausgeschlossen und damit war er draußen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Ungleichbehandlung bei der Regresspflicht im Rahmen der Pflege bzw. Mindestsicherung sowie fehlende Valorisierung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mein dringlicher Antrag richtet sich als Petition an die Steirische Landesregierung, und bei der derzeit gültigen Regelung für die Regresspflicht im Rahmen der Pflege beziehungsweise Mindestsicherung und deren Vollziehung gibt es zwei zentrale Problemkreise, nämlich die Festsetzung ohne Berücksichtigung anderer Unterhaltspflichten sowie die mangelnde Valorisierung.

Zum ersten Punkt: In der Steiermärkischen Sozialhilfegesetz-Durchführungsverordnung wird die Höhe der Pflegeregresspflicht für Eltern und Kinder geregelt. Sie richtet sich ausschließlich nach dem Einkommen der ersatzpflichtigen Person.

Weitere Unterhaltspflichten des oder der Regresspflichtigen bleiben ohne Berücksichtigung. So ist es unwesentlich, ob der oder die Betreffende etwa nur für einen Elternteil regresspflichtig ist oder für beide. Auch die Anzahl der Kinder, für die Unterhaltspflicht besteht, bleibt bei der Festsetzung der Regresspflicht ohne Berücksichtigung.

Dies führt im Ergebnis zu einer massiven Schlechterstellung gerade kinderreicher Familien, die keinesfalls zu rechtfertigen ist. Sachgerecht wäre es, die erhöhte finanzielle Belastung in der Verordnung in der Form zu berücksichtigen, dass für jede unterhaltsberechtigten Person Abzüge von der Ersatzpflicht vorzunehmen sind: Für Kinder unter zehn Jahren sollte ein Prozent, für Unterhaltsberechtigten über zehn Jahren sollten zwei Prozent des Nettoeinkommens in Abzug kommen.

Der Unabhängig Verwaltungssenat für die Steiermark hat unlängst ebenso seine massiven Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Regresspflicht geäußert und diesbezüglich einen Antrag auf Normenkontrolle beim Verfassungsgerichtshof gestellt. Der UVS hält insbesondere die Tatsache, dass bei der Festsetzung der Rückersatzpflicht auf weitere Unterhaltspflichten des Regresspflichtigen keine Rücksicht genommen wird, für gleichheits- und damit verfassungswidrig. Jenen Aufwandersatzpflichtigen, die noch weitere Sorgepflichten haben, verbleibt nämlich weniger Geld als Personen, die keine weiteren Unterhaltspflichten haben. Diese faktische Benachteiligung hätte sich nach Meinung des UVS vermeiden lassen, zumal es für diese auch keinen vernünftigen beziehungsweise gerechtfertigten Gründe gibt.

Die KPÖ hat in der Vergangenheit schon mehrfach auf diesen Umstand hingewiesen. Es ist hoch an der Zeit, dass die Landesregierung aufgefordert ist, nicht auf die Aufhebung der beanstandeten Bestimmung durch den Verfassungsgerichtshof zu warten und weiterhin die Angehörigen der Pflegebedürftigen zu schröpfen, sondern einer unausweichlichen Verurteilung und Aufhebung der verfassungswidrigen Bestimmungen durch den Verfassungsgerichtshof zuvorzukommen.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Valorisierung des Grenzbetrages von 1.500 Euro für die Regresspflicht. Die Grenze für die Pflegeregresspflicht wurde mit Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung in der Steiermärkischen Sozialhilfe-Durchführungsverordnung mit € 1.500,- Nettoeinkommen festgelegt. Unter € 1.500,- Nettoeinkommen wird kein Regress fällig. Dieser Grenzbetrag wurde in der Verordnung fixiert, ohne dass eine Valorisierung vorgesehen wurde.

Das Gleiche gilt im Wesentlichen auch für die Betroffenen der analog gestalteten Regresspflicht im Rahmen der Mindestsicherung, wobei hier die Rechtsgrundlage für den Grenzbetrag die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 1. März

2012 darstellt, mit der das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz durchgeführt wird. Auch hier wird unter € 1.500,- Nettoeinkommen kein Regress fällig.

Die Lebenskosten für die Betroffenen steigen unaufhaltsam, und damit erhöhen sich auch die finanziellen Belastungen für die Unterhaltspflichtigen ständig. Es sollte daher in der Verordnung eine automatische Valorisierung des Grenzbetrags, angepasst an die Inflationsrate, vorgesehen werden.

Wenn schon politisch die Abschaffung dieser unsozialen Belastungen nicht durchsetzbar ist, so sollten zumindest diese beiden massiven Mängel beziehungsweise Ungerechtigkeiten raschestmöglich beseitigt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Steiermärkische Landesregierung auf,

1. den in den §§ 8 und 9 mit der Mindestsicherungsgesetz-Durchführungsverordnung festgelegten Grenzwert für die Regresspflicht einer automatischen, an die Teuerungsrate angepassten Valorisierung zuzuführen sowie
2. die Steiermärkische Sozialhilfegesetz-Durchführungsverordnung umgehend so zu ändern, dass bei Festsetzung der Regresspflicht gemäß §§ 5 und 6 weitere Unterhaltspflichten berücksichtigt werden und damit nicht zuzuwarten, bis die betreffende Gesetzesstelle durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben wird.

Ich hoffe auf Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Liebe Uli! Dein Antrag betrifft einerseits die Valorisierung des Grenzwertes und andererseits die Berücksichtigung von Unterhaltspflichten. Beide Anliegen sind wichtig und beide Anliegen betreffen Landesgesetze, nämlich zwei Landesgesetze, eine Durchführungsverordnung, ein Gesetz, und weil der Landtag sich derzeit, wir haben rückgefragt, intensiv damit auseinandersetzt, ist dieser dringliche Antrag für uns zwar inhaltlich völlig richtig, aber halt nicht dringlich. Ich habe auch die Beantwortung da hier vom Landtag. Sollte der Antrag trotzdem eine Dringlichkeit bekommen, werden wir Punkt 1, nämlich der Valorisierung zustimmen, beim Punkt 2 werden wir nicht zustimmen, weil da ist gerade der Verfassungsgerichtshof damit beschäftigt und es hätte keinen Sinn, wenn wir das jetzt oder der Landtag das reparieren würde und dann kommt dann wieder ein bisschen ein anderes Urteil zurück. Also da ist es, glaube ich, sinnvoll, dass man hier noch abwartet, bevor man hier dann zur Tat schreitet, das ist unser Standpunkt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Kollegen! Wir lehnen die Dringlichkeit dieses Antrages ab. Denn wenn die Berechnungsgrundlage der Regresspflicht schon ergänzt und überdacht wird, dann sollten auch folgende Punkte genauer durchleuchtet werden: zum Ersten land- und forstwirtschaftliche Einkünfte, zum Zweiten Einkünfte aus selbständiger Arbeit und zum Dritten Einkünfte aus Gewerbebetrieben. In diesen drei Punkten ist die Basis der Berechnungsgrundlage folgendermaßen: Es werden die letzten drei Wirtschaftsjahre vorgelegt und die Gewinne, aus den Gewinnen beschließt sich ein Durchschnittswert und der wird dann durch 10 % erhöht. Jetzt frage ich mich, wie kommen diese 10 % Erhöhung zustande und woraus setzen sie sich zusammen? Da die wirtschaftliche Konjunktur keinesfalls dem entspricht, sind diese 10 % Zurechnung nicht gerecht. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt ein wichtiger und dringender Antrag. Warum ist er dringlich? Weil die Reformpartnerschaft, die permanent die Gesetze geändert hat, wenn man an die letzten Jahre zurückdenkt. Es hat eine alte Regelung gegeben, Abschaffung des Regresses, Neueinführung und dergleichen und natürlich ist es auch nicht besonders gut gelungen. Die zwei Punkte, die hier angeführt werden, sind wichtig, sind zu sanieren, wir kennen die Fälle auch aus der grünen Sozialberatung, auch dort kommen Leute, die genau darunter leiden und hier muss man auf jeden Fall genauer hinschauen. Also bei beiden Punkten, Valorisierung ist, glaube ich, eh selbsterklärend, dass das keinen Sinn macht, alles andere wird erhöht, teilweise auch ok, Sie sehen das vielleicht ein bisschen anders, aber selbstverständlich muss natürlich auch die Berechnung, also die Einkommensgrenze miterhöht werden, alles andere ist natürlich nicht zulässig, und die zweite Geschichte, Unterhalt, natürlich auch. Ich habe nur einen kleinen Hinweis beim Motivenbericht, ich glaube, dass nicht 2 % des Nettoeinkommens, sondern 2 % vom Regresssatz eigentlich weniger werden sollten, zumindest im Familienunterhaltsrecht so, wenn man für mehrere Kinder zahlt, also Unterhalt zahlen muss, dann zahlst für mehrere Kinder um ein, zwei Prozent weniger Unterhalt, weil sonst wäre es ja zuwenig. Ich glaube, wenn man für ein Kind nur ein Prozent vom Einkommen freistellt, das wäre nicht ganz wirksam. Aber ein wichtiger Punkt, da hinzuschauen und ich hoffe ja doch, dass die Dringlichkeit durchgeht, dass die ÖVP zumindest bei einem Punkt mitgehen kann, ich weiß, dass ihr das schwerfällt, deswegen stimmt sie gleich gegen die Dringlichkeit, aber ich glaube, so kann man sich auch nicht aus der Affäre ziehen. Hier geht es einfach um eine wichtige Aufforderung an das Land und ich hoffe, dass Dringlichkeit und Inhalt beschlossen werden (*Applaus Grüne und KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich mir hier eine kleine Anmerkung erlauben. Ich halte den dringlichen Antrag der kommunistischen Partei für inhaltlich richtig, ich halte ihn jedoch auch nicht für dringlich. Ich schließe mich da der Meinung an, es gibt ein offenes Verfahren, dem sollten wir als Stadt einfach nicht vorgreifen. Ich bin inhaltlich vollkommen bei diesem Antrag, für mich wäre es auch schön, wenn der Antrag noch ein Stück weiter gehen würde. Ich glaube, es ist kein Geheimnis wenn ich das hier sage, dass ich grundsätzlich eine Gegnerin der Regresspflicht bin und der Regress für mich ein ganz leidiges Thema ist, ich habe da auch eine andere Meinung als meine Fraktion auf Landesebene, das ist ganz klar, aber gerade als Sozialstadträtin erlebe ich es wirklich ganz, ganz oft, welche Dramen der Regress auslöst, dass teilweise...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: ...aber Leute, wir sind hier im Gemeinderat der Stadt Graz und auf Landesebene ist ein Verfahren offen und dieses Verfahren ist jetzt abzuwarten und wie gesagt, inhaltlich kann ich da voll zustimmen, wir sind leider nicht der Landtag, wir sind der Gemeinderat.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: So wie es ausschaut, wird die Dringlichkeit nicht durchgehen, was mir sehr leid tut. Ich habe keinen Antrag gestellt, dass wir wieder, also generell nur für die Abschaffung des Regresses sind, obwohl wir das sind, sondern wir

bemühen uns zumindest in dem Bereich, der jetzt gesetzlich vorgesehen ist, Verbesserungen zu erzielen, und es ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, wenn wir jetzt sagen, ach, das Land soll mal irgendwie arbeiten. Es ist ja eigentlich nicht zielführend, was wir für eine Meinung dazu beziehen und schon gar nicht wollen wir das jetzt in Form einer mehrheitlich beschlossenen Petition ans Land richten und sagen, ach, bitte schaut doch genau auf diese beiden Punkte, versucht doch bitte, da die Härtesituation etwas zu verändern. Die Menschen in unserem Land sind extrem belastet und für mich ist diese taktische Herangehensweise eigentlich enttäuschend im Gemeinderat. Weil ich würde mir denken, dass, wenn man schon jetzt teilweise irgendwie argumentiert und sagt, naja da wäre oder das ist schon richtig oder so, dann könnte man mit einem eindeutigen Appell dem Land auch signalisieren, bitte setzt euch mit den Punkten so auseinander, dass es zu einer Verbesserung der Situation kommt. Also etwas enttäuscht bin ich, wenn ich auch nicht große Erwartungshaltungen gehabt hab, gebe ich auch zu (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bandenkriege zwischen Asylwerbern unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Graz – Aufstockung der Polizei-Einsatzkräfte

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Heute schon öfter besprochen das Thema Bandenkriege, das aktuell in Graz Thema ist und leider Gottes die Polizei in erster Linie beansprucht. Immer wieder waren Einsatzkräfte, viele Einsatzkräfte notwendig, zuletzt hat es auch öfter einiges an Bereitschaft von mehreren Einsatzeinheiten bedurft, weil man nicht gewusst hat, ob das jeden Moment auch wieder losgeht diese Gewalttaten auf öffentlichen Plätzen, wo Asylwerber unterschiedlicher Herkunft mit Zaunlatten, mit Schlagringen und Messern aufeinander losgegangen sind und mehrere blutige Massenschlägereien auch veranstaltet haben, wo es verletzte Beteiligte gegeben hat, aber auch, und das ist umso bedauerlicher, auch zumindest einen verletzten Polizeibeamten.

Grazer Sicherheitsbeamte bestätigten es, dass die Beteiligten hier aus Motiven der Ehrenverletzungen heraus und ethnischen, oder nennen wir es gegenseitigen Hass, agiert haben, also da muss man natürlich auch drüber diskutieren, ob das nicht auch ethnische Konflikte sind, die hier nach Österreich, im Speziellen nach Graz, importiert worden sind. Das reicht viele Jahre in den betreffenden Ländern auch zurück und hat natürlich auch mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in den ursprünglichen Gebieten dieser Asylwerber zu tun. Ich habe vorher in meinem Antrag drinnen gehabt die Formulierung: „In Wahrheit geht es aber um die Vorherrschaft im Drogengeschäft.“ Ich habe das herausgenommen auf Beschwerde oder auf Einwand, nennen wir es einmal so, der SPÖ, weil sie sagt, das ist nicht bewiesen, da hat sie Recht. Wenn man mit dem einen oder anderen Polizeibeamten redet, dann ist das eine sehr stichhaltige Vermutung. Aber wie gesagt, es ist nicht bewiesen, deshalb habe ich herausgenommen, ist kein Problem, wichtig ist mir persönlich, dass der Antrag durchgeht und ich will da keine i-Tüpfelreitereien veranstalten. Auch herausgenommen habe ich aus dem ursprünglichen Antrag die Formulierung, dass es sich hier um Gruppen von Tschetschenen und Afghanen handelt, da hat die ÖVP einen Einwand eingebracht, ist auch in Ordnung, der Bürgermeister hat es ein bisschen widerlegt, indem er ja konkret diese beiden Gruppen auch vorher angesprochen hat. Aber sei es drum, wichtig ist die Sache, ist eine echte dringliche

Angelegenheit in Graz und mir ist es vor allem wichtig, dass es hier zu einer Zustimmung im Gemeinderat auch kommt.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Täter zwar namentlich bekannt sind, aber eben nicht aufgefunden werden können, obwohl diese in Grazer Flüchtlingsheimen untergebracht sind, also da muss man auch einmal das gesamte Asylrecht hinterfragen, wie so etwas passieren kann. Wir haben ein Meldegesetz, aber das wird hier nicht eingehalten und da stehen die Behörden wirklich vor großen, großen Schwierigkeiten.

Abschließend die Forderung oder die Folgerung aus diesem Antrag ist natürlich wieder einmal die Forderung, die schon oftmals hier auch eingebracht worden ist, nach einer weiteren Aufstockung der Polizeieinsatzkräfte. Wir brauchen mehr Polizisten in Graz, das zeigt sich anhand dieser Problematik wieder einmal. Natürlich wäre es schön, wenn wir als Gemeinderat da mehr Kompetenzen hätten, auch dagegen vorzugehen, das ist nicht der Fall. Tatsache ist, und das ist unsere Aufgabe, diese Problematik auch nach außen zu tragen, nach Wien zu tragen, ins zuständige Ministerium zu tragen und hier wirklich auch vehement darauf hinzuweisen. Mehr können wir nicht tun, aber uns war es einmal vor allem wichtig, dass diese Problematik hier heute im Gemeinderat auch einmal debattiert wird in Form eines dringlichen Antrages und deshalb stelle ich namens der freiheitlichen Fraktion nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die zuständigen Stellen des Bundes auf, bereits im Zuge des Asylverfahrens begleitende Maßnahmen zu setzen, um mit Asylwerbern speziell ethnische Konfliktfelder, die aus den Herkunftsländern und der Historie herrühren, entsprechend aufzuarbeiten und

abzubauen und ein entsprechendes Angebot als unterstützende integrative Begleitmaße auch in weiterer Folge den Ländern und Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

2. Die im Motivenbericht geschilderten Problemstellungen sind nur ein Beispiel mehr dafür, dass für die Zukunft eine massive Aufstockung der dauerhaft vor Ort anwesenden Exekutivkräfte als wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung anzusehen ist. Die zuständigen Stellen des Bundes werden daher ersucht, eine deutliche und dringend notwendige Aufstockung der Polizei-Einsatzkräfte zu veranlassen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*)

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte KollegInnen! Der FPÖ ist offensichtlich nach wie vor nicht der Unterschied zwischen Einwanderung und Asylsystem bekannt, da noch einmal zur Erläuterung. Im Bereich der Zuwanderung liegt der Bund fest, wie viele Personen jährlich für die Arbeitsaufnahme, Familienzusammenführung etc. zuwandern dürfen. Hier kann das mit Quoten gesteuert werden, hier wird es auch mit Quoten gesteuert. Das Asylsystem in Österreich geht zurück auf die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention, das ist gut 60 Jahre her, es ist unsere Aufgabe, Verfolgten Schutz zu geben. Blöderweise haben wir nicht wirklich Zugriff darauf, wo Verfolgung stattfindet. Die Kollegen im Landtag der freiheitlichen Fraktion haben ja im Sommer eine Anfrage gestellt, wie der Schlüssel im Moment der Verfolgten, der Flüchtlinge in der Steiermark ist und wenn sie die Anfragebeantwortung vielleicht sich einmal anschauen, wird sich auch für sie erschließen, warum der Schlüssel bezüglich Afghaninnen/Afghanen, Tschetscheninnen/Tschetschenen ein sehr hoher ist. Wir haben darauf keinen Zugriff, es gibt so etwas wie ein Menschenrecht, es gibt die Gesetzgebung, die hier eine sehr eindeutige ist. Nicht zufällig sind das die großen

Gruppen. Allein im letzten Jahr von 14.500 AntragstellerInnen sind 50 % auf diese beiden Gruppen, von Ihnen genannten Gruppen entfallen und auch die Anerkennungsquoten im Asylverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Wie wir wissen, kriegt man kein Asyl, wenn man kein Recht darauf hat, auch Rechtslage. Diese beiden Gruppen gehören zu jenen, die nach intensiver Prüfung des Asylverfahrens, und das ist ja eine nicht unintensive Geschichte in Österreich, wie wir wissen, deswegen dauert es auch so lange. Nämlich immerhin zu 46 %, beziehungsweise zu 31 % Asylsatz bekommen hat. Wo wirklich die Handlungsebene besteht, hat auch schon die Kollegin Marak-Fischer heute hingewiesen, es ist mehrfach schon gekommen, es braucht stärker als die Polizei, die ihre Arbeit hervorragend macht in Graz, da gibt es, glaube ich, gar kein Problem, stärker als das braucht es Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die Jugendwohlfahrt ist gefordert, die Bildungseinrichtungen sind gefordert und wenn wir, vielleicht war jemand von Ihnen gestern am Abend im Landtag, wo ein sehr schönes Projekt von Intereg vorgestellt wurde, Schrittwieser, Vollath, alle anderen waren auch anwesend, wo es um das Menschenrecht auf Arbeit gegangen ist. Und genau das ist der Punkt. Was mache ich mit meiner Zeit, wenn ich ein unbegleiteter Minderjähriger Mensch bin und hier unterwegs bin und keine Anschlusspunkte habe und sich keiner schert? Wir haben einen Auftrag, wir haben eine klare Pflicht und ich glaube, es ist müßig zu sagen, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Liebe KollegInnen! Ich kann mich der Rede der Vorrednerin nur anschließen, dass die Problematik ganz woanders sitzt. Zudem sehe ich eine Schwierigkeit darin, einem dringlichen Antrag zuzustimmen, der viel mehr als auf Faktenwissen darauf beruht, auf populistischer Stimmungsmache auch zum Teil, wie ja doch durch die anderen Fraktionen schon belegt wurde, also durch die Einwände

der anderen Fraktionen belegt wurde, Unwahrheiten und nicht genügender Recherche (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sie schaffen hervorragend, mit Ihrer Argumentation ein Problem, das tatsächlich vorhanden ist, einfach wegzureden, das muss man hier einmal sagen. Wenn man auch der Argumentation Ihrer Vizebürgermeisterin außer Dienst, jetzt Stadträtin, folgt, dann sind wir ja schuld, dass da sich zwei Gruppen gegenseitig die Köpfe einhauen, weil wir ihnen keine Arbeit geben oder weil wir sie nicht entsprechend versorgen. Also das ist Ihr Zugang, unser Zugang ist ein anderer. Nämlich dass es hier massive Probleme gibt, dass es hier importierte ethnische Konflikte gibt und selbstverständlich ist es nicht die Kompetenz des Gemeinderates, hier im Asylrecht irgendwelche Änderungen vorzunehmen, deswegen ist auch, glaube ich, ganz klar mein Antragstext in diese Richtung, dass das eine Art Petition oder ein sich Heranwenden an das zuständige Ministerium ist, wo das auch entsprechend behandelt werden kann und ich glaube, klarer kann man das nicht machen und da zu reden, dass das nur populistisch ist und das dem keine Recherche zugrunde liegt, das ist auch wirklich eigentlich jeglicher Grundlage entzogen, weil mehr als mit der Polizei kann man nicht sprechen und mit den betreffenden Einsatzleitern reden, die da auch selbst vor Ort waren und die haben das genau uns so geschildert, es ist auch, glaube ich, in der Zeitung so gestanden. Ich glaube nicht, dass da die Zeitung irgendwas erfindet, das kann ich mir nicht vorstellen, es waren namhafte Zeitungen, es war nicht nur eine Zeitung, die vielleicht ein Dorn im Auge ist, es waren mehrere Zeitungen, auch seriöse Zeitungen, und ich glaube, das als Populismus abzutun, das ist halt ein Todschlägerargument, das Sie da verwenden wollen. Bin froh, dass die Mehrheit im Gemeinderat die Wichtigkeit dieses Themas erkannt hat. Wichtig ist es, weil wir haben schon gesehen, das ist auch an anderer Stelle schon heute immer

wieder gekommen dieses Thema, und ich bin froh, dass der Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt die Mehrheit findet (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Aussetzung der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Du hast ja das Thema schon genannt. Aussetzung der Städtepartnerschaft in St. Petersburg. Wie zumindest all diejenigen, die bereits im letzten Gemeinderat waren, wissen, haben wir das ja schon einmal hier ausführlich diskutiert. Denn bereits im Vorjahr gab es einen guten Grund, hier aktiv zu werden, denn im März 2012 wurde in der Region St. Petersburg ein Gesetz erlassen, das, ich zitiere das jetzt halt in Übersetzung, alle öffentlichen Aktivitäten zur Werbung für Unzucht, Homosexualität, Bisexualität und Transgenderidentität sowie Pädophilie und zum Schutz der Kinder verbietet. Was verbirgt sich hinter diesem Gesetz? Es geht um keinerlei Schutz für Kinder oder sonst etwas, sondern es geht ausschließlich darum, Menschen mundtot zu machen, Menschen, die anders sind, zu diskriminieren, es geht soweit, wie Sie wissen, dass sogar unmittelbar nach Erlass dieses Gesetzes bei den ersten Gegendemonstrationen Leute wegen simplem Regenbogenfahnen-schwenken schon mit der Polizei zu tun hatten und Geldstrafen bekommen haben, es führt zu Verhaftungen und nicht nur von Menschen, die für ihre

Rechte als Homosexuelle eintreten, sondern mittlerweile viel, viel weiter für alle, die in diesem Bereich Menschenrechtsverletzungen geltend machen. Wir haben daher aus gutem Grund, und das habt auch, ihr liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, gemacht, diesem Beschluss zugestimmt, dass wir als Gemeinderat, als Stadt, die sich Menschenrechtsstadt nennt, gefordert und verpflichtet sind, etwas zu tun. Ich sage noch einmal, ihr habt das damals genauso mitbeschlossen, dass es einen dringenden Appell an die Stadt St. Petersburg geben soll. Passiert ist leider genau gar nichts. Es ist weder ein Appel gekommen noch sind sonstige Maßnahmen ergriffen worden. Passiert ist sehr wohl etwas in Russland und in St. Petersburg, das Gesetz hat sich ausgebreitet, das Gesetz hat gegriffen, hat sich in die Köpfe etlicher Menschen schon festgesetzt und führt dazu, dass die Übergriffe tagtäglich immer mehr werden, es bleibt nicht mehr bei simplen kleinen, kleinen ist gut, Jahresgehalt, Geldstrafen, sondern es geht bis hin dazu, dass die Polizei nicht einmal mehr angemessen eingreift, wenn bei einer Mahnwache für die Menschenrechte in dieser Frage Rechtsradikale die DemonstrantInnen überfallen und attackieren, nichts passiert, im Gegenteil, die die dann Opfer sind, werden auch noch wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und was auch immer allem angeklagt, bis hin zur Verhaftung. Also es hat sich sehr wohl etwas getan außer bei uns in der Stadt Graz. Amnesty International ist schon aktiv geworden, die Stadt Mailand hat die Städtepartnerschaft ausgesetzt, Venedig hat das im Gemeinderat beschlossen, der Bürgermeister hat leider, wie auch hier eine andere Position und hat dort das Recht, das zu überstimmen, es hat der Oberbürgermeister von Sidney den russischen Botschafter zu einer dringenden Aussprache zu sich zitiert, überall gibt es Städte und Gebietskörperschaften, die reagieren. In Graz ist bisher, wie gesagt, nichts passiert. Beim letzten Mal, wie gesagt, habt ihr noch zugestimmt, ich weiß jetzt, dass von euch die Absage kommt, diesen dringlichen Antrag weder dringlich zu machen noch im Inhalt zuzustimmen. Eine Begründung, die ich am Anfang von euch übermittelt bekommen habe, da wende ich mich jetzt an euch als ÖVP, denn in Menschenrechtsfragen brauchen wir mit den Kollegen von den Freiheitlichen ohnehin nicht diskutieren, mit euch gäbe es vielleicht

noch eine Hoffnung, ein Zeichen zu setzen. Die Rückmeldung, die ich bekommen habe, ist, es gäbe diese hochwertige Städtepartnerschaft mit so vielen wichtigen Kulturprojekten und man könne die Kulturschaffenden, die doch die sind, die der Hort des Widerstandes usw., usw. sind, nicht im Stich lassen. Ich sage, die großartigen Kulturprojekte. Ich habe die Liste vor mir, was seit 2001 bis jetzt stattgefunden hat. Großartige 14 Einträge sind hier, davon sind dreimal Besuch von hochrangigen oder nicht so hochrangigen Delegationen aus St. Petersburg bei uns, sicher nicht die Leute, die man nicht im Stich lassen darf. Einmal eine Delegation von uns dort, einmal ein Stadtsenatsmitglied, das beim Welttanzkongress in St. Petersburg war, einmal eine Gemeinderätin auf der Info WIG, was auch immer genau das ist. Zwei, drei Konzerte, von denen einige sowieso im Rahmen von Kulturstadt 2003 stattgefunden haben und einiges an Schülerinnen- und Schüleraustausch, was wie in jeder anderen Stadt auch ohne Städtepartnerschaft geht. Aber diese Leute darf man nicht hängen lassen sinngemäß eure Botschaft, dafür aber all die anderen, die laufend unter Übergriffen zu leiden haben. Es geht soweit, dass sogar der Direktor des Nabukov-Museums, der das Lolita-Stück geschrieben hat, Drohungen kriegt, die Scheiben eingeschlagen kriegt, Drohbriefe, weil das Ganze schon Pädophilie sei, das über diesen Roman im Museum auch gezeigt wird. Es geht soweit, dass Leute fristlos gekündigt werden, nur weil sie bei einer Mahnwache im Fernsehen gefilmt worden sind, dass sie daran teilgenommen haben. Das heißt, es breitet sich aus, es ist in Vorbereitung, dass das jetzt auch auf ganz Russland ausgedehnt wird und es hat in St. Petersburg seinen Anfang genommen und wurde dort auf echt üble Weise erprobt. Und wir sind Menschenrechtsstadt, diskutieren heute lang und breit den Menschenrechtsbericht, gehen auch immer wieder darauf ein, dass wir auch für andere Gebietskörperschaften und andere Bereiche zuständig sind und reagieren nicht, nicht einmal mit einem Appell, nicht einmal mit irgendetwas, was andere Städte auch tun, um den Protest einzubringen. Die Begründungen sind 14 Veranstaltungen in 20 Jahren oder so. Ich appelliere, dass wir dieser Verantwortung, die wir haben als Menschenrechtsstadt, wirklich ernst und gerecht werden und nicht

einfach bei einem Beschluss, der noch keinerlei Auswirkungen hat, edel dann doch die Stimme erheben und dem zustimmen und ich plädiere dafür, dass wir nicht nur uns Menschenrechtsstadt dort nennen, wo es passt, sondern auch da, wo vielleicht einmal Courage gefragt ist, Zivilcourage, die wir hier so etwas von einfach machen können, uns passiert genau gar nichts. Die Leute, um die es dort geht, denen passiert was und die brauchen Unterstützung von allen möglichen Regionen aus dem Westen oder anderen Ländern, die Demokratie und Menschenrechte wirklich auf ihre Fahnen schreiben und appelliere dringend, dringend, dringend, dass ihr eure Haltung überlegt. Ich danke der KPÖ und der SPÖ und den Piraten, die diesem Antrag zustimmen, die erkennen, dass wir uns nicht einfach nur Menschenrechtsstadt schmücken dürfen, sondern dass wir auch aktiv werden müssen und appelliere an die Kollegen von der ÖVP, auch wenn ihr jetzt nicht schafft, menschenrechtlich zuzustimmen, dass ihr zumindest an euren Herrn Bürgermeister herantretet, dass endlich ein Appell gemacht wird, dass diese Städtepartnerschaft wenigstens genutzt wird, um nicht nur zur Welttagungskongressen zu fahren, sondern auch dort Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zu treffen und die Leute vor Ort... ich bin am Ende, ich hoffe, dass ihr, die mir die Unterstützung gebt, dass auch bei den Folgedingen tut, die sicher auch noch hier im Gemeinderat mit Anfragen usw. kommen werden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Wir werden dem Antrag in Dringlichkeit und Inhalt nicht zustimmen. Ich möchte jetzt gar nicht so sehr auf den Inhalt eingehen, sondern ich habe mich grundsätzlich ein bisschen mit Städtepartnerschaften auseinandergesetzt, von denen wir Grazer doch etliche haben. Unter anderem die eben auch mit St. Petersburg aus dem Jahr 2001, und wenn man sich einmal anschaut, was so die Gründe für Städtepartnerschaften sind, dann erfährt man Folgendes: Eine Gemeindeperschaft beziehungsweise Städtepartnerschaft

ist eine Partnerschaft zwischen zwei Städten oder Gemeinden mit dem Ziel, sich kulturell und wirtschaftlich auszutauschen, das ist einmal klar. Aber dann, ganz wichtig und an zweiter Stelle bereits angeführt, internationale, kommunale Partnerschaften werden außerdem als Plattform genutzt, um Demokratisierungsprozesse in Staaten zu unterstützen, in denen Rechtsstaatlichkeit und Freiheit noch nicht als erreicht angesehen werden im Sinne einer kommunalen Außenpolitik, das heißt, man müsste das Ganze umdrehen, da geht es ja genau darum, dass man als Partnerstadt, wenn es wo Menschenrechtsverletzungen gibt oder fehlende Demokratisierungsprozesse oder mangelnde Freiheit, dass man als Partnerstadt eben seinen Partner darauf hinweist, wir haben auch als Menschenrechtstadt, so wie Sie das sehen, die Verpflichtung dazu, dann reden wir mit den St. Petersburgern und teilen wir ihnen das mit und unterstützen sie in diesen Prozessen, damit so etwas eben nicht vorkommt. Und aus dieser Sicht wäre es eigentlich noch vernünftiger, da weitere Partnerschaften anzustreben mit Problemstädten, weil es genau bei Partnerschaften, bei Städtepartnerschaften darum geht, auch in diesen schwierigen Fragen, in diesen Fragen wo mangelnde Freiheit, mangelnde Demokratisierung herrscht, sich gegenseitig zu unterstützen und deswegen ist es aus unserer Sicht falsch, hier aufgrund dessen eine Städtepartnerschaft auszusetzen oder aufzukündigen. Also, wie gesagt, wir lehnen die Dringlichkeit und den Inhalt aus diesen Gründen ab (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Gemeinderäte, vor allem Dingen sehr geehrte Antragstellerin! Ich kann nur ergänzend zu Ihrem Antrag sagen, dass hier, besonders wenn mit diesem kulturellen Austausch argumentiert wird, dass Kultur nicht allein repräsentative Projekte sind, und das sage ich jetzt als Kultursprecherin und als Familiensprecherin. Kultur ist auch Lebenskultur und die

muss für alle gesichert sein und deshalb können wir der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages nur zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Stöckler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig im Großen und Ganzen, dass mit der Unterzeichnung durch den Gouverneur von St. Petersburg die Mindeststandards aus demokratiepolitischer Sicht und auch aus menschenrechtlicher Sicht weit unterschritten sind. Ob jetzt die Aussetzung der Partnerschaft mit St. Petersburg die richtige Antwort darauf ist, glaube ich seitens des ÖVP-Clubs verneinen zu können, weil der Bürgermeister sehr wohl initiativ werden will und auch ein Antrag schon an die Geschäftsstelle in Potsdam der European College of cities Against Racism vorbereitet wird, in der festgestellt werden soll und in einer konzertierten Aktion festgestellt werden soll, dass eben dieses Thema auch mit St. Petersburg angesprochen werden soll. Ich glaube nicht, dass es vernünftig ist, in dieser Richtung die Partnerschaft auszusetzen, auch wenn die werbe Antragstellerin Daniela Grabe meint, dass die kulturellen Verbindungen mit St. Petersburg nicht so relevant sind wie alle anderen. Deswegen wird seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs der Antrag zur Dringlichkeit abgelehnt sowie der Inhalt (*Applaus ÖVP*). Ich möchte bitte noch was ergänzen; falls die Dringlichkeit doch die Zustimmung erlangen sollte, würden wir einen Abänderungsantrag stellen und zwar in die Richtung gehend, dass der Gemeinderat an den Vorstand der Europäischen Koalition gegen Rassismus herantreten soll, dass in der nächsten Sitzung im April 2013 mit den Partnerstädten eine gemeinsame Erklärung anstrebt, die diese Problematik zum Inhalt hat (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, Frau Stadträtin, Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Städtepartnerschaften sind eine wunderbare Möglichkeit, um die Freundschaft zwischen Menschen, die in verschiedenen Städten, in der Regel auch in verschiedenen Ländern, leben zu verdichten, den kulturellen Austausch sicherzustellen, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, auch die Möglichkeit der wirtschaftlichen Kooperation sicherzustellen, und Städtepartnerschaften haben auch die Aufgabe, ein Stückweit die Demokratie, das demokratische Grundverständnis weiterzuentwickeln. Städtepartnerschaften werden aber zwischen der politischen Elite geschlossen. Ich möchte das einmal so formulieren. Städtepartnerschaften sind eine Vereinbarung zwischen der Führung einer Stadt mit der Führung einer anderen Stadt. Ich denke, dass es gut ist, wenn in jenen Gebieten, wo sich gerade Demokratie, demokratisches Verhalten entwickelt, solche Städtepartnerschaften mit jenen geschlossen werden, die daran Interesse haben, diese demokratischen Entwicklungen voranzutreiben, zu vertiefen, zu festigen, auszubauen. Ich bin dem Herrn Klubobmann Sippel deshalb sehr dankbar, dass er diesen Gedanken der Städtepartnerschaft hier so ausführlich dargestellt hat und bin also ganz bei ihm, dass es ein wunderbares Instrument ist zur Verdichtung, zur Stärkung der Demokratie, zur Festigung, zum Vorantreiben sozusagen demokratischer Prozesse durch eine Städtepartnerschaft. Und gerade aus dieser Überlegung heraus sind wir als Sozialdemokratie der Auffassung, dass es auch dann, wenn gerade in solchen Städten Rückentwicklungen in der Demokratie und im demokratischen Verhalten und in der Gestaltung der Menschenrechte erkennbar sind, es auch Aufgabe es einer Partnerstadt ist, intensiv und klar und deutlich darauf hinzuweisen. Es gibt Initiative in diese Richtung, bin dem Herrn Bürgermeister auch sehr dankbar, dass er diese ergreifen wird. Wir sind der Auffassung, dass es ein klares, ein deutliches Zeichen braucht, deshalb sind wir dem Antrag der Frau Kollegin Grabe sehr dankbar, dass sie ihn eingebracht hat und werden auch diesem Antrag in

der Dringlichkeit und im Inhalt unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich danke allen, die die Dringlichkeit unterstützen und das Anliegen. Zwei Punkte, die noch zu sagen sind: Natürlich ist es Ziel einer, steht auf der Website, Herr Sippel, dass das Ziel, es als Plattform zu nutzen für Demokratisierungsunterstützung usw. Wir haben vorher darüber gesprochen und ich habe Ihnen genau erläutert, dass es eben nicht der Fall ist. Aber ich nehme Sie gerne beim Wort und auch die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, dass ihr das jetzt vorantreiben werdet. Ich denke, wir werden oft genug den Bericht bekommen, was für Projekte tatsächlich über diese Städtepartnerschaft gemacht werden, die dazu helfen Demokratisierungsprozesse und Menschenrechtsförderung zu machen, solche Projekte, die auch wirklich die Leute dort mitbekommen. Und etwas noch, weil du gemeint hast, ich würde Kulturprojekte nicht so wichtig finden wie andere, das habe ich überhaupt nicht gemeint und gesagt, sondern es sind in dieser Städtepartnerschaft nicht so viele Kulturprojekte im Vergleich zu dem, was sonst beim kulturellen Austausch passiert, dass man getrost darauf nicht verzichten könnte. Aber auf andere Art und Weise auch organisieren kann und trotzdem ein lautes Signal setzt. Ich nehme euch beim Wort, dass ihr diesen Appell an die Städtekolalition macht, auch wenn Rassismus etwas anderes ist als Homophobie, aber immerhin und werde euch weiterhin auch beim Wort nehmen mit dem, dass du gesagt hast, man muss dort tätig werden, weil eindeutig Mindeststandards unterschritten worden sind. Schade, dass ihr jetzt nicht der Dringlichkeit zustimmt, sonst könnten wir ausführlicher drüber diskutieren, was für nächste Schritte der Fall sind, so werden wir wieder einmal. was vorbereiten, euch vorlegen und hoffen, dass irgendwann doch auch der Menschenrechtszugang bei euch überzeugend wird. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Konzert der Deutschrockband „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle, klare Distanzierung des Gemeinderates der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Sehr geehrte Damen und Herren! Am 10. Mai ist ein Konzert der Deutschrockband „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle angekündigt. Die Gruppe, die aus Südtirol stammt, wird von Politikwissenschaftlern und JournalistInnen als rechtsextrem eingestuft und vertritt in ihren Liedtexten ultranationalistische Texte. „Zwei wesentliche Inhalte von Neonazitexten sind Nationalismus und Hass auf Andersdenkende“, sagt der Musikwissenschaftler und Journalist Thomas Kuwan und beide sind bei frei.wild zu finden. Es wird ständig in den Texten der Band von der Gefahr des völkischen Erbes gesprochen, von der Einwanderung, die die Überfremdung darstellt, viele der Liedtexte nehmen Anleihe bei Wortlauten von NPD-Demos. „Wann hört ihr auf, eure Heimat zu hassen/Wenn ihr euch ihrer schämt, dann könnt ihr sie doch verlassen“, das ist zum Beispiel aus dem Lied „Wahre Werte“. Ich muss da immer lesen, weil es gibt vielleicht manche, die das singen können, ich bin da nicht dabei. Mit ihrer neuen CD „Feinde deiner Feinde“ tauchen sie noch viel stärker in diesen Identitätsrock rein. Wesentlich sind auch, dass ihre Texte zum Teil antisemitisch sind, dass ihre Teile geschichtsrevisionistisch sind. Auch hier möchte ich ein Beispiel bringen: „Ich, du, wir,

die ganze Welt, sie hasst euch wie die Pest“ und gegen „Gutmenschen“ und „Moralapostel“, heißt es dann, sie richten über Menschen, ganze Völker sollen sich hassen, nur „um Geschichte, die noch Kohle bringt, ja nicht ruhen zu lassen.“ Man muss kein Antisemitismusforscher sein oder -forscherin sein, um festzustellen, dass die Kohlegeschichte ganz klar anspielt auf die Entschädigungszahlungen für die Holocaust-Opfer.

Das eine ist eben dieser Antisemitismus, den ich schon genannt habe und der Geschichtsrevisionismus. Das Zweite ist aber auch die Gewaltverherrlichung, die stattfindet. Ein Kollege war so freundlich und hat mir ein Video zugeschickt vom Bandleader, wo er klare Worte spricht, wo er sich davor distanziert, dass er seinerzeit als Neonazi bei den Kaiserjägern war, bis es durch eine Massenschlägerei in der Neonaziszene in Südtirol zur Auflösung der Band gekommen ist. Das ist jetzt der Bandleader, der in einem Video dazu Stellung nimmt, wenn man Inkongruenz-Studien machen möchte, nämlich, wie jemand spricht und was er sagt, dann ist das zu 100 % mit diesem Video erfüllt. Es endet auch mit dem Text, dass er sagt, wir werden es diesen Arschlöchern, die gegen frei.wild sind schon zeigen. Interessant ist dabei aber, dass er sagt, die Texte von frei.wild sind 100 % lebensbejahend. Darf ich so einen Text noch einmal vorlesen: „Wir haben es getan, wir haben's gemacht, wir haben Leute verdroschen; über die Folgen nicht nachgedacht, wir haben die Straßen der Stadt für uns in Anspruch genommen; keine Gefangenen gemacht, wir haben gesoffen und geboxt, standen oft vorm Richter; keine Reue, haben darüber nur gelacht“. „Feinde deiner Feinde“ aus der aktuellen CD. Lebensbejahung schaut für mich als studierte katholische Theologin ein bisschen anders aus, ich denke, Frau Potzinger, für Sie auch, die immer den Jugendschutz so groß schreiben.

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich rede jetzt nicht über das Sido-Konzert, ich rede jetzt über frei.wild. Also Geschichtsrevisionismus, Herr Molnar, können wir dem Sido nicht unterstellen, da können wir ihm vielleicht einiges unterstellen, aber das verhandeln wir heute nicht. Die Diskussion zu den Gruppen ist, also ich denke mir, in Deutschland ist die Diskussion sehr stark schon im Gange. Sie sind die Hymnen, die gesungen werden von den Identitären, dürften Ihnen auch mehr oder weniger bekannt sein und es gibt dort sogar Rückzüge von Sponsoren, wie zum Beispiel Jägermeister, nicht unbedingt links verdächtig und Konzertabsagen. Wir haben heute darüber geredet, wie das ist mit den Menschenrechten in dieser Stadt und mit dem Alltagsrassismus und wir haben ganz viele gute Ideen gehabt. Die meisten von uns, wie sich das bessern könnte und vor allem der Menschenrechtsbeirat hat einiges empfohlen. Wenn dieses Konzert in der Weise stattfindet, ich meine, dann sage ich, tschüss, dann brauchen wir, Frau Potzinger, auch nicht mehr über den Jugendschutz reden, weil wenn Sie Jugendschutz so sehen und da nicht mitgehen mit so einem Antrag, dann frage ich mich, ok, dann sperren Sie die Jugendlichen ab 18 Uhr ein, damit sie nicht einmal mehr Richtung Stadthalle kommen (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Hohensinner: Zensur.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzinger**: Es redet niemand von Zensur, Herr Hohensinner, aber Geschichtsrevisionismus gutzuheißen, Gewaltverherrlichung gutzuheißen, halte ich für hochproblematisch. Halte ich für extrem und es gibt eine Grenze, es gibt den Vorwurf... noch rede ich, Sie können sich dann gerne melden, noch rede ich (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es ist der Vorwurf gekommen an die Grünen, wir seien die großen SpaßverderberInnen. Wir sind SpaßverderberInnen, wir

sind dort SpaßverderberInnen, wo eine Grenze überschritten wird und diese Grenze heißt Menschlichkeit. Wenn es um Gewaltverherrlichung und Rassismus geht, dann ist irgendwann einmal Schluss und dann muss in dieser Stadt auch Schluss sein. Und wenn wir auch sehen, wohin diese Koalition sich bewegt mit all den Beschlüssen heute, ich grause mich davor, was das für die Zukunft dieser Stadt noch heißt und (*Applaus Grüne*) deswegen bitte ich um die Dringlichkeit.

Den

dringlichen Antrag

stelle ich wie folgt: Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz distanziert sich klar vom geplanten Konzert der Gruppe „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle am 10. Mai. Die Menschenrechtsstadt Graz darf keine Bühne dafür bieten, dass ultranationalistisches und gewaltverherrlichendes Gedankengut durch die Hintertür unter junge Menschen gebracht wird.
2. Die Magistratsdirektion wird ersucht, bis Mai 2013 Kriterien zu benennen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen, die im Sinne einer Qualitätssicherung klare Richtlinien beinhalten, um rechtsradikale Veranstaltungen an städtischen Veranstaltungsorten zu verunmöglichen.
3. Der Menschenrechtsbeirat wird ersucht, in Kooperation mit Politik und Jugendorganisationen einen Diskurs zu den neuen rechtsradikalen Bewegungen zu initiieren, wie ja woanders längst stattfindet.

Ich bitte um Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich mag die Emotionen da wieder herausnehmen, weil so aufregend ist das dann auch wieder nicht. Ich glaube, mit dieser Forderung nach einem Auftrittsverbot einer Deutsch-Rockband namens frei.wild hat die Grazer Kulturstadträtin einen denkbar schlechten Start hingelegt, weil ich glaube, das ist nicht das, was man von einer Kulturstadträtin erwartet, dass sie gleich einmal Verbote fordert. Sondern das, was man von einer Kulturstadträtin erwarten sollte, ist ein vielfältiges Kulturangebot und eine Facette davon ist natürlich auch ein Auftritt einer Band, wie es frei.wild ist (*Applaus FPÖ*). Das ist eine äußerst erfolgreiche Band, die vor kurzem auf Platz zwei der Album Charts in Österreich und in Deutschland war mit dem von Ihnen zitierten Album und die sich in weiterer Folge, und das ist ganz wichtig, ganz klar vom Links- als auch vom Rechtsextremismus abgegrenzt hat. Eine Absage des Konzerts ist aus unserer Sicht auch ein Schlag ins Gesicht vieler, vieler Fans, sie füllen Hallen, das ist eine Band, die wirklich äußerst erfolgreich ist, ein Schlag ins Gesicht vieler Fans, die eben Gefallen an dieser Musik, aber auch an den Texten finden, die sich im Wesentlichen, und ich habe mir das angeschaut, um Lebens- und Alltagserfahrungen sich drehen, es geht um Freundschaft, es geht um Alkohol, es geht um, es geht um Freiheit und auch geht es um Heimat und Patriotismus und ich befürchte ja, wenn man so wie die Frau Kulturstadträtin das Thematisieren von Heimat, Liebe und Patriotismus verbieten will, ich glaube, dann können wir uns zukünftig darauf einstellen, dass auch der Andreas Gabalier und die Seer mit Auftrittsverboten in dieser Stadt rechnen dürfen oder zumindest das von den Grünen gefordert werden wird, weil das ist ungefähr zu vergleichen. Aber ich möchte Ihnen vielleicht eine Stellungnahme des Veranstalters, das ist ja die Stadthalle Graz, näherbringen, da ist zu lesen. Wir dürfen Ihnen folgende Information mitteilen: Der Veranstalter hat sich eingehend mit der Problematik beschäftigt und hat das Konzert als unbedenklich eingestuft. Damit steht er auch auf einer Linie mit dem österreichischen und deutschen Verfassungsschutz, für die frei.wild ebenfalls unbedenklich sind. Die Band scheint weder auf einem Index auf, noch werden von behördlicher Seite negative Empfehlungen ausgesprochen. Die CDs

der Band sind im regulären Handel erhältlich. Alle Song-Texte sind im Internet veröffentlicht. Und ich habe auch mir die Song-Texte etwas angesehen und da habe ich ein Lied auch herausgenommen, das nennt sich „Das ist das Land der Vollidioten“, ich stelle jetzt einmal dahin, wer damit gemeint ist. Der Text geht so: „Das ist das Land der Vollidioten, die denken, Heimatliebe ist gleich Staatsverrat, wir sind keine Neonazis und keine Anarchisten, wir sind einfach gleich wie ihr von hier.“ Also das ist ein Text von frei.wild (*Applaus FPÖ*). Im Sinne der Freiheit der Kunst sollten Sie da ein bisschen die Emotion herausnehmen und auch, wenn es Ihnen nicht passt, und das mag ja sein, das ist ja immer eine Geschmacksfrage, sollten Sie auf jeden Fall auch so tolerant sein und ein Konzert einer solchen Band wie frei.wild in Graz ermöglichen. Und vielleicht noch ein letzter Aspekt an dieser Sache, also so einfach wäre das ja nicht einfach eine Weisung zu erteilen an den Veranstalter, die Messe, weil diese Veranstaltung beziehungsweise die Absage dieser Veranstaltung auch mit einer beträchtlichen Pönale verbunden wäre. Also das sind beträchtliche Summen, die da die Stadt Graz zahlen müsste und ich wüsste nicht, woraus das finanziert werden sollte. Also etwas runter von der Emotion und wirklich auch Toleranz nicht nur predigen, sondern auch leben (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda:** Bei uns haben die Piraten auch einen Text verfasst zu dem Thema und gemeinschaftlich...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Und abgestimmt.

GR. **Pacanda:** ...und gemeinschaftlich darüber abgestimmt über Online-System, richtig, und das würde ich jetzt gerne vorlesen, weil es eben auch gemeinschaftlich erstellt worden ist: „Ja scheinbar hat der Sänger eine Vergangenheit. Obwohl wir Piraten keinen ausgeprägten Sinn für Patriotismus haben, noch kein Pirat gefunden werden konnte, der die Musik mag oder die durch die Musik vermittelte patriotische Einstellung teilt und obwohl wir uns für Internationalität und ein gemeinsames Europa aussprechen, glauben wir, dass diese Band die Grenzen der Meinungsfreiheit nicht überschreitet. Die Durchführung dieses Konzerts stellt für uns keine Gefährdung der Demokratie dar, ein Verbot hingegen eine Einschränkung der Meinungsfreiheit“ (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Selbstverständlich hat in der Vergangenheit und wird sich die Sozialdemokratie immer für Toleranz, für Freiheit einsetzen und gegen Intoleranz, und in diesem Fall haben wir uns das natürlich auch sehr gut angeschaut. Ich habe mir die Texte dieser Band frei.wild auch im Internet angesehen und teile die Meinung von dir, Astrid, sehr, dass das eine gewaltverherrlichende „Musik“ unter Anführungszeichen ist. Ich teile auch die Meinung, dass es zum Teil hetzerisch ist, es wird aufgerufen gegen die sogenannten „Gutmenschen“ zu sein und Ähnliches und im Übrigen, und das ist eine persönliche Meinung, finde ich es nicht besonders geistreich die Texte und auch nicht besonders qualitativ. Aber, und da muss man, glaube ich, durchaus sehr vorsichtig und nachdenklich an die Sache herangehen. Aber es ist auch eine sehr feine Grenze zwischen dem Bekämpfen von Intoleranz durch Intoleranz und dem, was es sozusagen dann auch nicht sein kann und deswegen sind wir der Meinung, dass wir nicht pauschal den Auftritt der Band verbieten sollten, sondern unsere Möglichkeit wäre, einen Abänderungsantrag einzubringen und in diesem Abänderungsantrag, vorausgesetzt natürlich, dass jetzt die Dringlichkeit auch bestätigt wird, in diesem Abänderungsantrag würden wir vorschlagen, dass der

Gemeinderat den Menschenrechtsbeirat um Stellungnahme und um Beurteilung ersucht und dass wir erst dann ein Verbot dieses Band-Auftritts ins Auge fassen. Wir sind eben der Meinung, auch wenn sich viele von uns vielleicht schon mit den Texten dieser Band (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) auch befasst haben, dass wir nicht die Experten sind, die das beurteilen können und ich glaube, es ist eine sehr sensible Frage, ab wann etwas zu viel ist und ab wann es noch im Rahmen der Freiheit der Kunst auch genehmigt werden sollte. Wir werden also der Dringlichkeit zustimmen, hoffe, dass Sie das auch tun, und dass wir dann die Gelegenheit haben, diesen Abänderungsantrag einbringen zu können. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Werter Gemeinderat, werte Kollegen! Ich finde das wirklich äußerst bedenklich und erschreckend, dass zu Beginn der neuen Amtszeit von unserer neuen Kulturstadträtin die grüne Fraktion wirklich eine Kulturzensur in Graz einführen möchte und anders denkenden Bürgern aus europäischen Ländern das Recht auf Kunst und ihre freie Meinungsäußerung verbieten möchte. Gerade eine Partei, die immer für Gegenverbote auftritt. Mein Kollege Herr Pogner war so freundlich und hat mir einmal so das Parteiprogramm von den Grünen gegeben und da habe ich lesen können: Grüne Kulturpolitik setzt besonders auf Offenheit gegenüber neuen Strömungen und vorurteilsfreien Umgang mit Andersdenkenden. Also in diesem Bereich kann ich da überhaupt nichts sehen. Also ich bin vielleicht deswegen ein bisschen emotional geworden, weil ich jetzt mit 15/16 mich noch genau erinnern habe können, wie wir quasi von der ungarischen Gemeinde Konzerte hier organisiert haben, die in den sozialistischen Ländern verboten waren, weil irgendwelche Apparatschiks gefunden haben, dass das nicht der gängigen Denkweise entspricht, und ich glaube, Politik hat nichts mit Zensur einer Kultur zu tun, solange diese Kultur in rechtmäßigem Rahmen bewegt. Das ist eindeutig schon erwähnt, dass der österreichische Verfassungsschutz, weder der deutsche, irgendeine Einwendung

hat und stuft diese Gruppe als unbedenklich ein. Auch in einem Interview hat mein Namensvetter Rene Molnar vom Jugendkulturzentrum Explosiv, sicher kein bürgerlicher oder rechter Kulturverein, ganz eindeutig gesagt, die Band ist nicht der extreme Szene zuzuordnen, problematisch sind jedoch die aggressiven Texte. Nur zur Erinnerung, es handelt sich doch um eine Rock-Band, nicht um die Wiener Sängerknaben oder um Hansi Hinterseer. Ich meine, wenn wir da sind, dann müssen wir jede Heavy-Metal-Konzert in Graz verbieten, die sind Aggression, jede Art von Rap, also da geht es eigentlich viel mehr um die Sache. Ein Blick ins Internet hätte gereicht, um die 15 Minuten Interview vom Frontmann Bernd Burger zu sehen, wo er sich eindeutig vom Rechtsextremismus, Nationalsozialismus ausdrücklich und ehrlich distanziert. Und im letzten Video fängt sogar das Video an, ich habe da einen Ausschnitt gemacht: „Nie mehr Faschismus, nie mehr Nationalsozialismus, Freiheit für jeden Menschen dieser Welt.“ Also ich weiß nicht, Entschuldigung, dass ich ordinär... sollen sich auf den Hintern eintätowieren, das es die Leute glauben, aber ich meine, mehr kann man dazu nicht sagen. Was ich mir aber nur in Bezug von Heimat wünschen würde von der grünen Fraktion: Gerade die Toleranz und Offenheit, die Sie Zuwanderern in Österreich entgegenbringen, auch diese Toleranz Minderheiten in Europa zuzubringen. Natürlich hat ein Südtiroler ein anderes Bewusstsein zu seiner Nationalität wie alle anderen Minderheiten in Europa, ein Baske, ein Kärntner Slowene, ein Siebenbürgersachse, die leben mit ihrer Identität und leben auch ihre Sprache. Ich war heuer im Sommer bei einem Minderheitenkongress in Siebenbürgen und dort habe ich auch mit jungen Südtirolern reden können. Es ist dort auch nicht immer so lustig und so romantisch, Multi-Kulti als deutschsprachiger Südtiroler in Italien zu leben. Also ich bitte, wir lehnen hier die Dringlichkeit und den Antrag hier ab von unserer Fraktion (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Zum einen einmal, Ihren Alltag, Herr Sippel, möchte ich ungerne teilen, wenn solche Texte sich bei Ihnen abspielen, also das denke ich mir, ist einmal das eine. Zum anderen Offenheit, wie gesagt, hört dort auf, wo Geschichtsrevisionismus betrieben wird. Wenn, lieber Kollege Molnar, du zitierst, dass sie gegen Faschismus sind, sind sie, und wenn man sich tiefer hineingräbt in die Fakten, dann weiß man auch, dass sie sich klar distanzieren vom Mussolini-Faschismus. Und jetzt machen wir keine Geschichtsstunde, weil das ist was anderes als das, was sie eigentlich in ihrer Botschaft haben. Große Konzerte haben ihnen abgesagt, Arenen haben sie gecancelt, die Band, auch in diesem lang von dir zitierten Interview zu sehen, besteht darauf, jetzt nicht sich zu äußern, sie wollen jetzt nur ihre Konzerte spielen, sie gehen auf den ganzen Diskurs im Moment nicht ein, sagt Burger selber, weil sie sagen, dieses Interview muss reichen, das von dir zitiert worden ist. Aber das ist der Grund, also es gibt im Moment sehr viele, es gibt einen wilden Diskurs, nicht bei uns gegen diese Band, es ist hochproblematisch, sie waren in einer Fernsehshow, was ich sehr interessant finde ist, dass der NPD-Schröder gemeint hat, es ist so super, wie diese Band unterwegs ist, weil sie in der Südtirol-Frage mehr bewegen konnten als die NPD ever, also ich denke mir, da sollte man ein bisschen tiefer in die Geschichte reinschauen. Aber ich sehe ein, dass diese Dringlichkeit wahrscheinlich nicht durchgehen wird. Ich möchte nur eines noch sagen, vielleicht das Allerwichtigste, was ich sehr interessant gefunden habe, Sie haben alle von einem Verbot gesprochen. Nachdem wir nicht wie die anderen meisten Stücke zu spät waren, sondern punktgenau bei der Dringlichkeitsabgabe, hätten Sie dem entnehmen können, dass ich von einer Distanzierung spreche. Diese sprachliche Differenzierung wäre mit noch einmal sehr wichtig gewesen, ist aber von Ihnen irgendwie direkt in eine Verbotsschreierei übergegangen. Das Zweite ist, die Kollegin Grabe hat mir früher gesagt, dass beim Ankünder sehr wohl zu diesen Richtlinien gekommen ist und ich würde mir wünschen, dass es bei den städtischen Einrichtungen zumindest so viel weitergeht, dass man Richtlinien im Sinne einer Qualitätssicherung macht, um zu schauen, wen laden wir ein und wen laden wir nicht ein, und ein Allerletztes, wir

haben sehr wohl auch einen sehr ausgeprägten Heimatbegriff und den lassen wir uns von Ihnen und dieser Band weder klauen noch versauen. Ich danke Ihnen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 20.45 Uhr den Vorsitz.

7) Prüfung der Eignung einzelner Straßen und Straßenabschnitt für die Einführung von Fahrradstraßen sowie ein grundsätzliches Bekenntnis des Gemeinderates der Stadt Graz zur ehestmöglichen Einführung derselben

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, lieber Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte ZuseherInnen und ZuhörerInnen! Wir haben vor einem knappen Dreiviertel-Jahr, am 5.7., hier im Grazer Gemeinderat mit Mehrheit eine Petition an den Bundesgesetzgeber beschlossen, welche die Aufnahme der Fahrradstraße, wie sie es etwa schon in Deutschland gibt, in die österreichische Straßenverkehrsordnung zum Ziele hatte. Hier hat es eben einen mehrheitlichen

Beschluss gegeben. Mittlerweile ist erfreulicherweise vom österreichischen Parlament die 25. StVO-Novelle verabschiedet worden und damit ist diese Petition soweit umgesetzt, es ist ab 1. März 2013 allen Kommunen möglich, Fahrradstraßen zu verordnen.

In dem Motiventext habe ich euch/Ihnen auch die entsprechende Gesetzespassage hineingefügt, das verlese ich jetzt in der Form nicht. Es beschreibt einfach, dass es um Straßen geht, wo, wenn die Eignung vorhanden ist, der allgemeine Fahrzeugverkehr verboten wird, Zufahrt und Ähnliches mehr natürlich möglich ist, Queren möglich ist, aber diese Straßen bei Tempo 30 für diese zufahrenden Pkw und alle anderen Fahrzeuge nur für Fahrräder, FahrradfahrerInnen und für FußgängerInnen vorbehalten ist.

Aber was wir euch mitbringen konnten, ist das entsprechende Hinweiszeichen, das es auch in der StVO schon gibt und wir würden uns wünschen, dass man das in Graz des Öfteren sehen kann.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ist das für den Stadtpark?

GR. **Dreisiebner:** Nein, Peter Piffl-Percevic, dort geht es aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht, du weißt das, aber ich freue mich dann auf deine Wortmeldung. Es geht uns darum, dass Straßen oder Straßenabschnitte, die bereits jetzt entsprechend stark von Radfahrerinnen und Radfahrern genutzt werden und wo eine Entflechtung des Radverkehrs vom motorisierten Autoverkehr (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eine positive Folge für alle VerkehrsteilnehmerInnen mit sich bringen würde. Es geht darum, dass es bereits eine geprüfte und als geeignet befundene Straße, nämlich die Zinzendorfgasse, gibt und dass es eine weitere,

sicherlich große oder mittelgroße Liste von Straßen und Straßenzügen, Straßenteilen geben sollte, die ebenso gut geeignet sind. Also hier wäre die Prüfung für uns sehr wünschenswert, damit es eine weitere Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in Graz gibt. Immerhin sind ungefähr 20 % der Menschen in der Stadt mit dem Rad unterwegs.

Folglich stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich grundsätzlich zur ehestmöglichen Einführung von geeigneten Straßen und Straßenabschnitten als Fahrradstraßen im Gebiet der Stadtgemeinde Graz im Sinne der StVO § 67.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Verkehrsreferenten beziehungsweise die zuständigen Abteilungen mit der Prüfung und Bewertung möglicher Straßen und Straßenabschnitte auf ihre Eignung als Fahrradstraße im Sinne der StVO. Die Ergebnisse dieser Prüfung durch die Fachbeamtinnen und Fachbeamten sind bis April 2013 dem zuständigen Ausschuss für Verkehr zur Information vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Kollege Karl Dreisiebner reitet wieder sein Steckenpferd, die Fahrradstraße. Er hat ja eine Petition schon im Juli eingebracht. Aus freiheitlicher Sicht muss ich ihn heute auch enttäuschen, also der Dringlichkeit werden wir auch heute nicht zustimmen. Wir sehen jetzt keine dringliche Notwendigkeit für

Fahrradstraßen in Graz. Du führst beispielhaft die Zinzendorfgasse an, ist aus unserer Sicht eine funktionierende Straße, hat sich bewährt, also warum soll man immer Bewährtes zerstören? Wir haben gerade dort eben Sicherheitsbedenken, auch die Geschäfte, wie passieren die Zufahrten, eine kleine Hoffnung mache ich schon, wir machen die Türe natürlich nicht ganz zu, man kann durchaus die Verkehrsabteilung einmal prüfen lassen, ob es irgendwo einen Bereich möglicherweise gäbe, aber sicher nicht dringlich oder prioritär (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Schade, dass die FPÖ, wo ich es aber erwartet habe, der Dringlichkeit nicht zustimmt. Die Bedenken, dass die Zufahrtsmöglichkeiten in der Zinzendorfgasse, die schon geprüft worden ist, zu Zeiten der Vorgängerin des Herrn Verkehrsstadtrates und als positive Möglichkeit oder als mögliche Fahrradstraße eben bewertet worden ist, dass dort die Zufahrten nicht möglich sind oder dass es da Probleme gibt. Genau das ist ja im Gesetz geregelt. Ich habe es in dem Motiventext eingetragen, vielleicht kannst du, lieber Kollege Lohr, das auch noch näher durchlesen.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ich sehe keinen Vorteil.

GR. **Dreisiebner**: Es gäbe einen Vorteil, es gäbe viele Vorteile, weil es eben eine Bevorrangung beziehungsweise einen höheren Grad an Rücksicht auf FußgängerInnen und vor allem RadfahrerInnen geben muss und soll in der Fahrradstraße, das ist das eine. Das andere ist, den Autoverkehr etwas dort

hinauszubringen, der nicht zufahren will und Zufahren heißt ja zum Beispiel auch, einen Parkplatz suchen, nur zur Aufklärung, oder ein Geschäft ansteuern oder einen Besuch machen, das wäre ja weiter möglich. Es geht darum, dass man dort einen dementsprechend hohen Anteil hat und dass man in Richtung der Universität, des Campus, von einer der großen Haupttrouten im Bereich Stadtpark, Bahnhof, Keplerstraße usw., Sie wissen das, dass man dort eine Lücke schließen könnte. Das wäre der Sinn und das gibt es noch mannigfach in dieser Stadt und das wäre das Ziel gewesen, das zu prüfen. Aber ich nehme zur Kenntnis und habe es ja auch schon aus der Zeitung lesen dürfen, dass der Herr Verkehrsstadtrat Eustacchio keine Fahrradautobahn in der Zinzendorfgasse haben will. Genau das ist es aber nicht, es ist eine dementsprechend geordnete Sache, die eben in der StVO möglich ist. Vorhin wurde gesagt, die Kulturstadträtin hat einen denkbar schlechten Start hingelegt. Ich sage, der Herr Verkehrsstadtrat hat mit dieser sofortigen Ausschlussaussage für eine neue Möglichkeit auch einen denkbar schlechten Start hingelegt. Ich habe im Vorfeld leider auch erfahren müssen, dass von den Kolleginnen und Kollegen der Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei auch keine Dringlichkeitsunterstützung gegeben sein wird. Inhaltlich sind sie uns näher, sie haben ja auch die Petition unterstützt. Mich wundert es, dass man hier die Dringlichkeit nicht sieht, die Verkehrsministerin Bures beziehungsweise im Nationalrat die Fraktionen Sozialdemokraten und Volkspartei haben das eben den Städten, den Kommunen ermöglicht. Ich darf auch daran erinnern, die Kollegen von der ÖVP im Speziellen, dass sogar Stadtrat Rüscher am Ende 2008 und auch danach noch sich schon für diese innovative neue Variante stark gemacht hat. Man könnte fast von einem Liebling des vormaligen zuständigen Stadtrates sprechen. Ich bedanke für jene, die die Dringlichkeit unterstützen, ich sehe, dass wir in der Minderheit bleiben. Ich nehme damit eines zur Kenntnis: Diese Paktpartnerschaft sieht zwar positiv oder zwei der drei sehen zwar positiv, wenn ich an die Petition zurückdenke, dass es in Österreich jetzt die Möglichkeit gibt, Fahrradstraßen zu verordnen, aber die Umsetzung ist nicht in Graz gedacht, die

Umsetzung ist in richtigen Städten gedacht wie Imst, Böheimkirchen, Wolfsberg usw.
Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.